

Lesen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **117 (2023)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

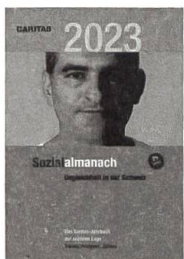
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lesen

Ungleichheit in der Schweiz

Sarah Schilliger

«Die einen zählen, auf die anderen wird gezählt.» So umschreibt der kamerunische Philosoph Achille Mbembe soziale Ungleichheit in einer Kurzformel. Dass auch der Schweizer Kapitalismus fortwährend auf diese Formel baut, illustriert der *Sozialalmanach 2023*, den Caritas Schweiz dieses Jahr zum 25. Mal herausgibt. Der neue Band zum Thema «Ungleichheit in der Schweiz» liefert eine eindrückliche und kompakte Zusammenstellung von Zahlen zur sozialen und ökonomischen Ungleichheit im Herzen des globalen Finanzkapitalismus. Der Historiker Fabian Saner, der den *Sozialalmanach* – «ein Fiebermesser der sozialen Schweiz» – bei Caritas Schweiz neu verantwortet, versucht mit den achtzehn versammelten Beiträgen aber auch Zusammenhänge zu schaffen und Fragen zu stellen: «Kann man von 1,3 Millionen Armutsbetroffenen sprechen und von exorbitanten Einkommen, leistungslos vererbten, kaum besteuerten Vermögen und tiefen Unternehmenssteuern schweigen?»



Sozialalmanach 2023: Ungleichheit in der Schweiz. 320 Seiten, Luzern 2023. caritas.ch/de/sozialalmanach

Dass die materiellen Existenzsorgen der einen mit dem Reichtum der wenigen anderen zu tun haben, zeigt sich insbesondere in der Vermögensentwicklung in der Schweiz. Besass das reichste Prozent der Steuerzahlenden Anfang

der 1990er Jahre 30 Prozent aller Vermögen, ist dieser Anteil bis 2018 auf fast 45 Prozent gestiegen. Die wachsenden Vermögen wiederum suchen nach rentablen Anlagen – zum Beispiel auf dem Immobilienmarkt, der als riesige Umverteilungsmaschine von unten nach oben wirkt: Die Mieten klettern insbesondere in Städten rasant in die Höhe, während die relevanten Kostenfaktoren für die besitzenden Vermieter sinken.

Auch der Schweizer Wohlfahrtsstaat ist keineswegs nur sozialer Wohltäter, sondern wirkt entscheidend mit, Vermögensungleichheiten zu reproduzieren, wie verschiedene Beiträge im *Sozialalmanach* dokumentieren. Im internationalen Vergleich fällt die Schweiz mit einem unterdurchschnittlichen Umverteilungseffekt über Steuern auf. Wer wenig hat, muss mehr geben – so lässt sich der Umbau des Schweizer Steuersystems der letzten Jahrzehnte zusammenfassen: Die im internationalen Vergleich ohnehin tiefe Steuerprogression in der Schweiz wurde weiter gemildert, indem in verschiedenen Kantonen die Steuersätze für hohe Einkommen und Vermögen reduziert, die Erbschaftssteuern für direkte Nachkommen abgeschafft und die Unternehmenssteuern massiv gesenkt worden sind. Während direkte Steuern, die progressiv wirken, an Bedeutung verloren haben, sind im Gegenzug indirekte Steuern und Gebühren wie die Krankenkassenprämien stetig gestiegen. Und hier gilt: Je kleiner das Einkommen, desto grösser die Belastung.

Ungleichheit ist aber nicht bloss ein Missverhältnis von Einkommen und Vermögen, sondern auch Folge und Ausdruck von rassifizierten Differenzlinien. Ein Beitrag im *Sozialalmanach* nimmt die Verflechtung des Schweizer Migrations- und Sozialsystems in den Blick und analysiert, wie 2019 mit der Revision des Ausländer- und Integrationsgesetzes das Recht auf Sozialhilfe in der Schweiz eingeschränkt worden ist. Gleichzeitig wird mit dieser Verschärfung eine rassifizierte Grenzziehung mobilisiert: Wer zählt zur Solidargemeinschaft und hat ein Recht auf ein menschenwürdiges

Dasein und auf soziale Unterstützung? Menschen, die über keinen Schweizer Pass verfügen, die überdurchschnittlich häufig in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind und «auf die gezählt wird», wenn es ums Putzen, Bauen und Versorgen der reichen Schweiz geht – sie müssen zunehmend um ihre Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung in der Schweiz fürchten, wenn sie Sozialhilfe beziehen.

Die einen zählen, auf die anderen wird gezählt – die Kurzformel passt auch zu einer weiteren Differenzlinie, die im Buch thematisiert wird: der Unterscheidung zwischen denen, deren Arbeit in gängigen ökonomischen Theorien und Modellen als wertschöpfend und wirtschaftlich produktiv gezählt wird – und dem Rest. Mit dem Ausschluss des grössten Wirtschaftssektors – der unbezahlten Care-Ökonomie – aus Wohlstandsberechnungen wie dem BIP geht auch eine fehlende Anerkennung der vor allem von Frauen geleisteten Care-Arbeit einher. Obwohl Frauen gleich viele Stunden arbeiten wie Männer, verfügen sie in der Schweiz jährlich über 100 Milliarden Franken weniger Einkommen. Damit ist Arbeit, die Lebensstandard für alle schafft und für unser Leben und Überleben unverzichtbar ist, auch ein wesentlicher Ursprung von sozialer Ungleichheit und Prekarisierung.

Gleichzeitig ist es gerade diese Ungleichheit, die gegenwärtig von sozialen Bewegungen verstärkt politisiert wird – und damit auch einen Horizont eröffnet in eine lebenswerte Zukunft hinein, in der alle zählen. Es geht darum, Care – als Sorge für sich, für andere, für die Umwelt – in verschiedensten gesellschaftlichen Feldern ins Zentrum politischen Handelns zu stellen und Wachstumszwang sowie Profitmaximierung zurückzudrängen. ●

○ Sarah Schilliger, *1979, ist Soziologin, Geschlechter- und Migrationsforscherin an der Universität Bern.